

# Chefvolkswirt: Mehrwertsteuer muss sinken

Norbert Walter kritisiert Ausgabe von Konsumgutscheinen

**Kiel/Berlin – Politiker und Ökonomen suchen zur Zeit fieberhaft nach Wegen aus der Wirtschaftskrise. Prof. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, verkündete in Kiel sein Rezept: die Mehrwertsteuer muss runter. Gegen die Idee, Konsumgutscheine auszugeben, formierte sich unterdessen Widerstand.**

Er räte der Bundesregierung dringend dazu, die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, also von derzeit 19 auf 16 Prozent, zu senken, um in der sich verschärfenden Wirtschaftskrise gegenzusteuern, erklärte Walter in Kiel als Gastredner der Wirtschaftsunioren. Diese Maßnahme müsse aber zeitlich befristet sein, beispielsweise auf ein Jahr. Denn eine solche Steuersenkung werde nur dann zu vorgezogenen Käufen langlebiger Konsumgüter genutzt, wenn die Verbraucher wüssten, dass anschließend wieder der höhere Steuersatz zu zahlen ist. Konsumgutscheine hingegen würden wohl eher verpuffen.

„Wir sollten dem Beispiel Gordon Browns in Großbritannien folgen“, sagte der Ökonom, der von 1971 bis 1987 am Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) arbeitete, zuletzt als Leiter der Konjunkturabteilung. Erstmals seit er denken könne, befinde sich das Land in einer „keynesianischen Situation“, das heißt frei nach dem politischen Ökonomen John Maynard Keynes: Weil Unternehmen und Verbraucher verunsichert sind und weitgehend als

Nachfrager ausfallen, muss der Staat einspringen bzw. die Nachfrage wieder stimulieren. Doch staatliche Investitionen in Straßen, Schulen oder andere Projekte wirkten nicht schnell genug, sagte Walter. Daher die schnelle Maßnahme: Mehrwertsteuer runter. Denn „für deutsche Köpfe sind Steuersenkungen die wirkungsvollsten Mittel“. „Wüsste Angela Merkel, was ich weiß, dann würde sie ein solches Konjunkturprogramm beschließen“, behauptete Norbert Walter.

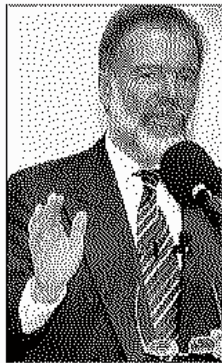
Auch in der Politik geht die Debatte über weitere Schritte gegen den Wirtschaftsabschwung weiter: Mehrere Unionspolitiker lehnten gestern SPD-Überlegungen über Konsumgutscheine zur Ankurbelung der Konjunktur

strikt ab. Es sei fahrlässig eine solche Debatte anzufangen, sagte Hessens Ministerpräsident Roland Koch. Aber auch die SPD-Spitze ist uneins.

Das von Partei-Vize Peer Steinbrück geführte Finanzministerium nannte Konsumgutscheine „absurden Unsinn“. Auch in der Wirtschaft werden Schecks als bloßes „Strohfeuer“ abgelehnt. Die SPD plant für Januar zunächst eine Investitionskonferenz.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung stößt weiter auf Widerstand in den Ländern. Sie pochen auf einen geringeren Kostenanteil und dringen im Bundesrat auf Nachbesserungen. Morgen könnte daher im Bundesrat zunächst der Vermittlungsausschuss angerufen werden.

jög/dpa



Prof. Norbert Walter forderte in Kiel eine zeitlich begrenzte Steuersenkung. Foto August